

Beschlüsse der gemeinsamen Landeskonferenz der
hauptberuflichen Jugendreferent_innen und
Dekanatsjugendpfarrer_innen 2019

Beschluss des Initiativantrags 3

Unterzeichnung des offenen Briefes gegen die Verschärfung der Kirchenasyl-Regelung

Der runde Tisch Kirchenasyl der Metropolregion Nürnberg hat am 27.2.2019 einen Offenen Brief an Bundesinnenminister Horst Seehofer und die Innenminister der Länder mit Erstunterzeichner_innen veröffentlicht. In diesem wird die seit 1.8.2018 geltende Verschärfung der Kirchenasylregelung verurteilt, die besagt, dass Geflüchtete, die über ein anderes europäisches Land eingereist sind (Dublin II) erst nach 18 Monaten ihren Asylantrag in Deutschland stellen dürfen, im Gegensatz zum bisherigen Zeitfenster von sechs Monaten. „Damit steht zu befürchten, dass Asylsuchende, bei denen ein Härtefall vorliegt, entweder 18 Monate im Kirchenasyl bleiben müssen oder einer inhumanen Abschiebep Praxis unterworfen werden.“ (Offener Brief) Gefordert wird „die sofortige Rückkehr zum in der Praxis bis Juli 2018 erfolgten und sehr erfolgreich erprobten Vorgehen zwischen Kirchen und dem BAMF auf Basis der Vereinbarung vom Februar 2015“.

Weitere Informationen und Erklärung siehe Offener Brief.

- Oberste Priorität mit Geflüchteten muss Artikel 1 des Grundgesetzes sein: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ Eine Verlängerung des Kirchenasyls halten wir für menschenunwürdig. Das können wir auch mit unserem christlichen Glauben nicht vereinbaren.
- Die Evangelische Jugend setzt sich auf verschiedenen Ebenen für Asylsuchende ein, sei es auf landespolitischer Ebene als auch in den Gemeinden, Jugendhäusern und anderen Einrichtungen der ejb und ihrer Mitgliedsverbände vor Ort.
- Aufgrund der Gesetzesverschärfung sehen sich immer mehr Gemeinden nicht mehr imstande, Menschen ein Kirchenasyl zu gewähren (die taz berichtete bereits, dass im zweiten Halbjahr 2018 die Kirchenasyle sprunghaft um das Dreifache zurückgegangen sind). Somit sind betroffene, geflüchtete Mitmenschen wieder häufiger von einer inhumanen Abschiebep Praxis bedroht.

Abstimmung: 95 Ja
 0 Nein
 1 Enthaltung